

KONFLIKTORT SCHULE

Gewalt ist (nicht) cool



**Gewalt an Schulen
wirkungsvoll zu bekämpfen,
ist leichter gesagt als
getan. Denn dafür tut
Umdenken Not - auch und
gerade in der Schule.**

Angesichts der dramatischen Ereignisse im ostdeutschen Erfurt, wo ein jugendlicher Amokläufer an einem Gymnasium 16 Personen und sich selbst erschoss, erlangte die Pressekonferenz am vergangenen Montag zum Thema Gewalt an Schulen geradezu tragische Aktualität. Bildungsministerin Anne Brasseur und Vertreter des "Centre de Psychologie et d'Orientation Scolaires" (CPOS), des "Centre Universitaire" sowie des Ettelbrücker Lyzeums hatten ins technische Lyzeum von Ettelbrück eingeladen, um den Aktionskatalog "Prévenir et réduire la violence à l'école" der Öffentlichkeit vorzustellen. Sein Inhalt: Eine erste Übersicht über unterschiedliche Projekte an luxemburgischen Gymnasien, die Gewalt vermeiden respektive eindämmen sollen.

Dass Gewalt an Schulen auch im Großherzogtum ein Thema ist, zeigen nicht zuletzt die Zahlen: Im Rahmen einer Umfrage bei rund 7.400 Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich gaben immerhin 7,8 Prozent der Jungen gegenüber 2,8 Prozent der Mädchen an, mindestens einmal die Woche andere Kinder malträtiert zu haben. Leider weisen die vorgelegten Daten noch erhebliche Unschärfen auf: Unklar bleibt, welche Formen von Übergriffen beispielsweise mit dem Begriff "malmener" erfasst werden. Genaue Zahlen bietet die Broschüre nur beim "Schlagen" respektive "Geschlagenwerden": 2,6 Prozent der Jungen und 1,2 Prozent der Mädchen gaben an, MitschülerInnen manchmal geschlagen zu haben. Hingegen sagten 3,7 Prozent der Jungen und 0,9 Prozent der Mädchen aus, ein paar Mal Opfer von Schlägen geworden zu sein.

Bei dieser verkürzten Definition von Gewalt fehlen aber andere Gewaltformen. Ein Arbeitspapier der LSAP zu Jugendgewalt nennt neben der physischen Gewalt auch noch das Racketing (Nötigung und erpresserischer Diebstahl), verbale sowie sexualisierte Gewalt, allerdings oh-

ne konkrete Zahlen vorlegen zu können. Der Jugendschutzbeauftragte der Escher Polizei weist zudem auf eine hohe Dunkelziffer hin. "Viele Opfer trauen sich nicht, Übergriffe zu melden, aus Angst vor weiteren Repressalien." Was aber bringt Jugendliche überhaupt dazu, Gleichaltrige zu erpressen oder zu schlagen?

Kommunikation gegen Gewalt

"Kinder und Jugendliche können heutzutage oft nicht mit Konflikten umgehen", erklärt Fari Khabirpour. "Gewalt entsteht aber dort, wo Kommunikation fehlt." Wie viele andere ExpertInnen spricht der Psychologe und Direktor des CPOS von einer "Krise

der Institutionen". Vernachlässigung und Gewalt in der Familie, fehlende Grenzen und widersprüchliche Werte in der Erziehung und eine zunehmende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft seien Faktoren, die bei gewalttätigen Kindern eine Rolle spielten, so Khabirpour. Der Leiter der vom Bildungsministerium 1998 ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe "Gewalt an der Schule" plädiert deshalb für "interaktives Lernen" und für eine "andere Kommunikationskultur" an den Schulen.

Keine leichte Aufgabe, denn veraltete Lehrmethoden, voll gepfropfte Lehr- und Stundenpläne, ein rigides Bewertungssystem und nicht zuletzt fehlende Kommunikationskompetenzen bei den Lehrenden selbst lassen wenig Raum für eine "Schule als Lebensraum", in der sich SchülerInnen wohl und unterstützt fühlen.

Schulische Leistungsschwäche und fehlende Auffangmöglichkeiten können aber laut Meinung von Fachleuten bei jugendlichem Frust und Aggressionen an der Schule eine große Rolle spielen. Der Bielefelder Konflikt- und Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer warnte nach dem Massaker in Erfurt davor, den Leistungsdruck auf Schüler immer weiter zu erhöhen. In einem Interview mit dem "Spiegel" sagte Heitmeyer: "Anerkennung ist für Jugendliche extrem wichtig." Bisher gelte im leistungsorientierten Unterricht eher das Prinzip, die Schwächen von Schülern zu entdecken, statt deren Stärken zu fördern. Ein Warnsignal also für Luxemburgs Schulsystem, das mit 20 bis 25 Prozent im Sekundarbereich überdurchschnittlich viele so genannte SchulversagerInnen produziert?

Und noch einen Aspekt betonen die Fachleute, auch wenn Georges Steffgen vom "Centre Universitaire" diesen auf der Pressekonferenz herunterspielte: Das Ausüben von Gewalt ist in erster Linie ein männliches Problem. Das gilt nicht nur für

extreme Gewalt wie den Amoklauf, sondern auch für Körperverletzungen, Racketing oder sexualisierte Gewalt. In Luxemburg wurden in den Jahren 1999/2000 158 Jungen vom "Conseil de Discipline" verwarnet - gegenüber 26 Mädchen. Während die Mädchen wegen Schulschwänzen und verbaler Aggression negativ auffielen, waren es bei den Jungs neben verbalen Aggressionen auch körperliche und sexuelle Übergriffe, Vandalismus und Drogenkonsum.

Empathie statt Coolness

"Jungs überspielen Leistungsschwäche oft mit Coolness und körperlicher Stärke", so ein Lehrer aus dem Sekundarbereich. Zwar seien die Geschlechterrollen in den vergangenen Jahren in Bewegung gekommen, bisher wüssten aber vor allem die Männer noch zu wenig, wie damit umgehen. Da in Luxemburg das Lehrpersonal überwiegend weiblich sei, und viele männliche Lehrer noch immer vor einer bewussten Auseinandersetzung mit ihrer Rolle zurückschreckten, fehle es den Schülern an positiven, nicht-machiistischen Vorbildern.

Die Reflexion von unterschiedlichen geschlechtlichen wie auch kulturellen (Stichwort: Immigration) und sozialen Hintergründen von LuxemburgerInnen und Nicht-LuxemburgerInnen wird jedoch nicht nur in der Schule versäumt, auch auf Ebene der politisch Verantwortlichen werde sie so gut wie gar nicht geführt, kritisiert Chantal Serres, Vorstandsmitglied der Lehrgewerkschaft SEW.

Die neue Gewaltpräventionsbroschüre des Bildungsministeriums dokumentiere als ersten Schritt zwar diverse gewaltpräventive Ansätze wie Peer-Mediation (Konfliktvermittlung unter gleichaltrigen SchülerInnen), Fortbildungsangebote für LehrerInnen und SchulpsychologInnen, verbesserte Zusammenarbeit zwischen CPOS und Eltern, Schulen und Psychologen - ein evaluiertes landesweites Konzept, das die oben genannten Aspekte konsequent einbezieht und dabei auch die institutionelle Gewalt nicht ausblendet, fehle jedoch in der luxemburgischen Bildungspolitik.

So mag Fari Khabirpour positiv bemerken, dass Gewalt an Schulen als Thema hierzulande zunehmend "enttabuisiert" wird, bedenklich muss aber die Aussage von ISERP-Direktor Lucien Kerger stimmen: "Eigentlich ist es erstaunlich, dass es bisher so wenig Gewalt an unseren Schulen gibt."

Ines Kurschat

Zuhören statt draufhauen

Als Bildungsministerin Anne Brasseur am vergangenen Montag in Ettelbrück den Aktionskatalog "Prévenir et réduire la violence à l'école" der Öffentlichkeit vorstellte, wurde einem gewaltpräventiven Projekt besondere Aufmerksamkeit zuteil: der so genannten Peer-Mediation im Schulalltag. Mediation, übersetzt "Vermittlung", beschreibt ein Verfahren der Konfliktbearbeitung und wurde in den 60ern in den USA entwickelt.

Dabei vermitteln neutrale, außenstehende MediatorInnen zwischen den Streitparteien, indem sie versuchen, mit Hilfe verbindlicher Regelungen im Gespräch einen Streitfall zu lösen. Im Falle der Peer-Mediation sind dies zumeist gleichaltrige Jugendliche aus der jeweiligen Bezugsgruppe, die eine Ausbildung in Streitschlichtung absolviert haben.

Laut ministeriellem Konzeptpapier liegt ein Vorteil dieser Form der Konfliktbearbeitung darin, "(...) dass Jugendliche untereinander die gleiche Sprache sprechen und eher das Vertrauen und die Akzeptanz von Jugendlichen finden als Erwachsene, da zwischen ihnen kein institutionelles Machtgefälle besteht".

Das Projekt, das zurzeit am technischen Lyzeum in Ettelbrück erprobt wird, ist - wie viele andere - zwar noch nicht evaluiert, Infos dürften Interessierte jedoch unter Tel.: 478 52 74 erhalten.

Pestizide: Legal, illegal, sch...egal?

Vor zwei Wochen wurden in Luxemburg nicht zugelassene Pflanzenschutzmittel beschlagnahmt und zum wiederholten Male gegen die Firma CAP+ Protokoll erstellt. "Déi Gréng" nahm dies zum Anlass, am Dienstag auf einer Pressekonferenz mehr Transparenz auf dem Pestizidmarkt zu fordern. Sie verwiesen auf einen EU-Bericht über Mängel bei der Pestizidkontrolle - ähnlich wie in anderen Bereichen. Auch kritisierten sie die mögliche Interessenvermischung bei zwei Führungsmitgliedern von CAP+, die gleichzeitig Präsident der Bauernzentrale bzw. der Landwirtschaftskammer sind.

Er könne nichts Genaueres über die beschlagnahmten Mittel sagen, erklärte Marco Gaasch, Präsident der Landwirtschaftskammer, gegenüber dem Quotidien - obwohl er bei CAP+ Präsident des Verwaltungsrats ist. Carlo Raus dagegen, der Präsident der Bauernzentrale, bestätigte gegenüber dem Tageblatt, es handle sich um verbotene - aber unbedenkliche - Mittel. Er fügte hinzu, die Liste der erlaubten Mittel bedürfe einer Aktualisierung. Abbes Jacoby von "Déi Gréng" zeigte sich gegenüber der woxx erstaunt. Auch wenn die Liste veraltet sei, könne man sich nicht einfach über gesetzliche Regeln hinwegsetzen. "Nach unseren Informationen", so Abbes Jacoby, "war für die beschlagnahmten Mittel nicht einmal eine Zulassungsprozedur eingeleitet worden."

EU-Kommissarinnen streiten über Atomkraft

Während immer mehr EU-Staaten daran denken, ihre AKWs abzuschalten, kann sich die Atomkraft immer noch einer gewissen Unterstützung erfreuen. Auf einem informellen Treffen der EU-Energieminister am Wochenende im spanischen Pamplona hat die EU-Energieministerin Loyola de Palacio für die weitere Nutzung der Atomenergie plädiert. In der EU gebe es vor allem im Hinblick auf die im Kyoto-Protokoll festgehaltene CO₂-Reduktion in den nächsten 20 bis 30 Jahren keine Alternative.

Dass de Palacio eine Schwäche für die umstrittene Nuklearenergie ist nicht neu. Ihr offenes Engagement in Pamplona kam jedoch etwas überraschend und stieß bei ihrer Kollegin, der Umweltministerin Margot Wallström, auf Widerstand. "Für die Einhaltung unserer Zusagen von Kyoto besteht keinerlei Notwendigkeit, stärker auf die Kernenergie zu setzen", so Wallström. Erfreut über de Palacios Äußerungen zeigte sich "Foratom", die Organisation der Europäischen Nuklearindustrie, als "simply unacceptable" bezeichnete sie jedoch die Umwelt-NGO Greenpeace. Die Kommissarin mache keinen Hehl daraus, dass sie "die Interessen der Atomlobby mit Feuereifer verteidigt", hieß es am 30. April in einer Pressemitteilung von Greenpeace.

Der Aktionskatalog "Prévenir et réduire la violence à l'école", der sich an Lyzeen und an psycho-soziale Fachpersonal richtet, kann beim CPOS unter der Tel.-Nr. 45 64 64-18 bestellt werden.